

Stand: 09.02.2026 13:26:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15325

"Keine Diffamierung der Landwirtschaft durch Bundesministerin Hendricks zulassen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15325 vom 08.02.2017
2. Beschluss des Plenums 17/15366 vom 09.02.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 09.02.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Anton Kreitmair, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Hans Ritt, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder** und Fraktion (CSU)

Keine Diffamierung der Landwirtschaft durch Bundesministerin Hendricks zulassen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag ist der Auffassung, dass die Kampagne von Bundesministerin Hendricks „die neuen Bauernregeln“, die im Hinblick auf die Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik gestartet wurde, eine Diffamierung der gesamten Landwirtschaft darstellt. Eine ganze Berufsgruppe wird mit diesem Vorgehen unter Verwendung von Steuergeldern pauschal an den Pranger gestellt, was keinesfalls toleriert werden kann.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Kampagne von Bundesministerin Hendricks mit sofortiger Wirkung gestoppt wird.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen weiterhin für eine an den Erfordernissen bäuerlicher Familienbetriebe ausgerichtete und gleichzeitig gesellschaftlich akzeptierte Agrarpolitik einzusetzen und den konstruktiven Dialog hierzu fortzusetzen.

Begründung:

In Bayern wirtschaften rd. 110.000 landwirtschaftliche Betriebe auf rd. 3,2 Mio. Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Jeder dritte landwirtschaftliche Betrieb Deutschlands befindet sich damit in Bayern. Unsere Bäuerinnen und Bauern versorgen zuverlässig die Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln und pflegen unsere vielfältige Kulturlandschaft. Bei der Ausrichtung der Agrarpolitik hat Bayern stets darauf geachtet, dass die Leistungen der Landwirtschaft, die nicht über den Marktpreis abgedeckt werden, in entsprechenden Förderprogrammen berücksichtigt werden. Für die zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik auf europäischer Ebene, aber auch auf nationaler Ebene ist es dringend notwendig, dass diese Leistungen, insbesondere die unserer Familienbetriebe, weiterhin Anerkennung finden. Unsere Bäuerinnen und Bauern haben es verdient, ernst genommen zu werden. Genauso ernst wie auch respektvoll ist der Dialog mit ihnen zu führen. Die mit Steuermitteln finanzierten, verallgemeinernden und gleichzeitig platten Sprüche der Kampagne von Bundesministerin Hendricks wirken beleidigend auf die Berufsgruppe und werden dieser Anforderung in keinsten Weise gerecht.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Anton Kreitmair, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Hans Ritt, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/15325

Keine Diffamierung der Landwirtschaft durch Bundesministerin Hendricks zulassen

Der Landtag ist der Auffassung, dass die Kampagne von Bundesministerin Hendricks „die neuen Bauernregeln“, die im Hinblick auf die Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik gestartet wurde, eine Diffamierung der gesamten Landwirtschaft darstellt. Eine ganze Berufsgruppe wird mit diesem Vorgehen unter Verwendung von Steuergeldern pauschal an den Pranger gestellt, was keinesfalls toleriert werden kann.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Kampagne von Bundesministerin Hendricks mit sofortiger Wirkung gestoppt wird.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen weiterhin für eine an den Erfordernissen bäuerlicher Familienbetriebe ausgerichtete und gleichzeitig gesellschaftlich akzeptierte Agrarpolitik einzusetzen und den konstruktiven Dialog hierzu fortzusetzen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Horst Arnold

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Florian Streibl

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Martin Schöffel

Abg. Gisela Sengl

Abg. Klaus Steiner

Abg. Angelika Schorer

Abg. Hubert Aiwanger

Staatsminister Helmut Brunner

Abg. Benno Zierer

Präsidentin Barbara Stamm: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u. a. und Fraktion (CSU)

Keine Diffamierung der Landwirtschaft durch Bundesministerin Hendricks zulassen (Drs. 17/15325)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Plakataktion des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) stoppen - Diffamierung des bauerlichen Berufsstandes nicht hinnehmbar (Drs. 17/15327)

Bevor ich die Aussprache eröffne, hat Herr Kollege Arnold zu einem Geschäftsordnungsantrag um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Landtagsfraktion hat auch zu diesem Thema einen Dringlichkeitsantrag gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Geschäftsordnung nachgereicht, wie wir meinen, zum gleichen Thema. Es geht darin auch um die Plakataktion. Dieser Antrag lautet wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Vor dem Hintergrund der umstrittenen Plakataktion des Bundesumweltministeriums stellt der Bayerische Landtag fest, dass die Probleme der Landwirtschaft, wie beispielsweise die notwendige Steigerung der Gewässergüte usw. usf., zu behandeln sind.

Letztendlich zielt dieser Antrag darauf ab, aus dieser Diskussion für Bayern den Schluss zu ziehen, dass wir im Bayerischen Landtag eine Anhörung zu den gemeinsamen Problemen in der Agrarpolitik beantragen.

(Widerspruch bei der CSU)

Wir haben das Machbare mit diesem Antrag im Auge. Zuständig ist bei dieser Plakataktion der Bund, zuständig ist die Ministerin, letztlich aber auch die Bundeskanzlerin im Rahmen der Richtlinienkompetenz.

(Lachen bei der CSU – Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

In Anbetracht der Tatsache, dass Sie in Lachen ausbrechen, ist es wohl das Vergnügen der neuen Harmonie, die Kanzlerin als Spitzenkandidatin vorzuschlagen. Wütende und indignierende Stellungnahmen gibt es aber nicht nur vonseiten der CDU/CSU, sondern es gibt auch eine Stellungnahme der SPD-Bundestagsfraktion. Etliche Landesminister, auch SPD-Minister, haben sich gegen diese Kampagne in Position gebracht; auch meine Wenigkeit hat sich nicht billigend dazu geäußert.

(Zurufe von der CSU)

Allerdings haben all diese Proteste zu nichts geführt. Die Kampagne "Gut zur Umwelt. Gesund für alle" ist laut Mitteilung geplant, um die Diskussion zum Bürgerbeteiligungsverfahren über die Zukunft der europäischen Agrarpolitik zu einer sozialen, nachhaltigen und gemeinsamen zu gestalten. Ein Mittel dafür sieht die Bundesregierung in dieser Plakataktion.

Vor diesem Hintergrund ist nunmehr diese kontroverse Diskussion entstanden und hat sich tatsächlich auch als solche entfaltet. Grundlage ist für uns aber immer noch, dass die Plakatkampagne zum Anlass genommen werden sollte, Positives für Bayern zu bewirken. Klar ist – ob diese Plakataktion jetzt geschickt ist oder nicht, ich sage, sie ist ungeschickt –, dass die Probleme in der Landwirtschaft, wie die notwendige Steigerung der Gewässergüte, die zunehmende Verarmung der Artenvielfalt und anhaltender Strukturwandel, eines gesamtgesellschaftlichen Dialogs bedürfen.

Das ist der Hintergrund der Aktion. Wir ducken uns mit diesem Antrag nicht weg. Wir stellen uns in einer konstruktiven, verantwortlichen und zielführenden Weise. Wir wollen nicht nur Nörgelei und Abwertung zum Gegenstand machen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Horst Arnold (SPD): In diesem Zusammenhang ist es Aufgabe, politische Perspektiven für eine gemeinsame Agrarpolitik zu schaffen. Deswegen passt dieser Antrag sehr wohl zu dem Sachthema. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Zur Gegenrede: Herr Kollege Zellmeier von der CSU-Fraktion bitte. Bitte schön.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will das Ganze jetzt nicht inhaltlich diskutieren, wie es der Kollege Arnold gemacht hat. Es geht uns nur darum, ob dieser Antrag, den Sie von der SPD eingebracht haben, tatsächlich als Nachzieher geeignet ist, in Bezug sowohl auf unseren Antrag als auch auf denjenigen der FREIEN WÄHLER. Wir haben ein ganz klares Ziel, nämlich diese Art der Kampagne. Man kann über Inhalte immer diskutieren; aber die Art, wie es gebracht wird, ist eine klare Diffamierung. Dagegen wenden wir uns. Dass Sie persönlich das auch getan haben, Herr Kollege Arnold, ehrt Sie. Allerdings finde ich es schade, dass die SPD dazu keine klare Position einnimmt, weder pro noch contra. In dem Antrag geht es um einen Dialog und eine Anhörung. Er hat aber mit dem eigentlichen Ziel, nämlich der Verurteilung dieser kampagnenartigen Diffamierung des bäuerlichen Berufsstandes, nichts zu tun. Sie weichen auf Nachhaltigkeit und auf die allgemeine Ausrichtung der Agrarpolitik aus.

(Zurufe von der SPD)

Das hat nichts mit unserem Antrag zu tun. Deshalb ist Ihr Antrag als Nachzieher ungeeignet. Sie können den Antrag gerne als regulären Antrag in den Ausschuss einbringen. Wir werden ihn gerne diskutieren. Aber als Nachzieher ist er nicht geeignet, weil die Schnittmenge zwischen unserem und Ihrem Antrag so gering ist, dass rein formal die Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Deshalb werden wir das ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich noch dem Herrn Kollegen Streibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort erteilen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Rede und Gegenrede?)

– Ich bin darum gebeten worden.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Das ist auch eine Gegenrede. Das betrifft auch unseren Antrag, der hier aufgerufen ist. Wir haben uns den Nachzieher der SPD angesehen. Das ist sicherlich ein guter Antrag, der diskussionswürdig ist, aber eben nicht als Nachzieher. Das sieht eher nach einem Antrag aus, der schon irgendwo in der Schublade lag,

(Inge Aures (SPD): Das ist nicht wie bei euch! – Weitere Zurufe von der SPD)

in den man schnell handschriftlich die umstrittene Plakataktion hineingeschrieben hat, um irgendeinen Bezug herzustellen. Für uns ist das ein peinlicher Versuch, von einem peinlichen Geschehen in Berlin abzulenken. Man will hier das Thema in eine andere Richtung lenken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie versuchen abzulenken. Dieser Antrag ist eine typische Nebelkerze, weil Sie die Diskussion in für Sie angenehmere Gefilde bringen wollen. Aber, meine Damen und Herren von der SPD, Sie werden sich der nachfolgenden Diskussion stellen müssen und sich anhören müssen, um was es hier geht und was wir sagen wollen.

(Zurufe von der SPD)

Daher werden wir diesen Nachzieher ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Wir kommen damit zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag. Wer dem Antrag der SPD seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – CSU und Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Aussprache. Ich darf als Erste der Frau Kollegin Brendel-Fischer für die CSU-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CSU-Landtagsfraktion verurteilt die von Bundesumweltministerin Hendricks veranlasste Plakataktion auf das Schärfste und fordert die Ministerin auf, diese sofort einzustellen und sich bei der deutschen Landwirtschaft zu entschuldigen.

(Beifall bei der CSU)

Es kann nicht angehen, dass eine ranghohe Politikerin einen ganzen Berufsstand unter Generalverdacht stellt und dafür auch noch 1,6 Millionen Euro an Steuergeldern verschwendet.

(Beifall bei der CSU – Harry Scheuenstuhl (SPD): 10 Milliarden Euro habt ihr verbraten!)

Hier fehlt es an Fachkompetenz, an Objektivität und an Seriosität, meine Damen und Herren.

(Widerspruch bei der SPD)

Dass Frau Hendricks ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem Agrarressort hegt, ist bekannt.

(Zuruf von der SPD: Das ist böswillige Unterstellung! – Hans-Ulrich Pfaffmann

(SPD): Das ist postfaktisch! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Aber von einer studierten Sozialwissenschaftlerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, erwarte ich ein Mindestmaß an Empathie und psychologischem Gespür.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Eine solch tendenziöse öffentliche Debatte zur Weiterentwicklung der Landwirtschaft ist unanständig und zeugt von geringem Interesse an einer gemeinsamen Lösungsfindung, die wir alle wollen.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Wer hat denn die Debatte – –)

– Halten Sie doch bitte mal den Mund! Wir waren doch auch die ganze Zeit leise, als Sie sich heute früh ausgelassen haben.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Das glauben Sie ja selber nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, für Ordnung Sorge ich. Bitte fahren Sie fort.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Okay. Ich würde gern weiterreden.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Man muss hier nicht den Mund halten! Sie verbieten hier nicht den Mund!)

Anstatt so, wie wir es wollen, ökologische und ökonomische Anliegen abzuwägen und geschickt zusammenzuführen, setzt Frau Hendricks mit verunglimpfenden Bauernregeln auf Generalattacke. Das ist nicht gut so. Dabei weiß sie sehr wohl, dass Landwirtschaft heute unter strengsten Auflagen und unter intensivster Beobachtung stattfindet,

dass harter Konkurrenzkampf auf den Märkten herrscht, immer mehr NGOs mit viel sachfremder Propaganda die Branche beeinflussen und bei den Verbrauchern immer weniger Kenntnisse über Nahrungsmittelproduktion vorhanden sind. Verwöhnung und Wohlstandsmentalität, meine Damen und Herren, haben sich etabliert. Hauptsache, es ist immer alles da, was man zum Leben braucht, in bester Qualität, aber billig. Die meisten wollen es leider nicht preiswert, sondern billig. Zur Verbraucherbildung leisten die gereimten Bauernregeln Ihrer Bundesministerin, liebe SPD, keinen Beitrag. Sie reichen allenfalls zur Volksverdummung. Das ist unsere Meinung.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Schauen wir es ganz genau an. Wir wissen alle, dass wir bald eine Bundestagswahl haben. Für mich riecht das Ganze nach Wahlkampf auf Kosten der Steuerzahler.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Was ist mit den 70 Millionen Euro von Herrn Schmidt? – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Frau Hendricks macht mit der Aktion deutlich, dass ihr wichtige Zusammenhänge der Landnutzung und Tierhaltung nicht bekannt sind oder sich ihr immer noch nicht erschlossen haben. Das wird offensichtlich. Ein mehrwöchiges Praktikum in einem bayerischen Betrieb könnte den notwendigen Lernzuwachs ermöglichen. Meine Damen und Herren, dann würde beispielsweise deutlich, dass Düngung und Pflanzenschutz sparsamst eingesetzt werden; denn Landwirte können mit ihren Ressourcen nicht so großzügig umgehen wie Frau Hendricks mit ihrem Werbeetat.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Die Chance, sich etwas von unserem bayerischen Weg abzuschauen, beispielsweise von unserem Minister, sollte sie nicht verpassen. Auch wir in Bayern wollen den Herausforderungen von Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft natürlich gerecht werden. Wir setzen nicht auf Konfrontation, sondern auf Zusammenarbeit – dies wird in unserer Fraktion durch vorbildliche Kooperation des Landwirtschaftsarbeitskreises mit

dem Umweltarbeitskreis, aber auch durch die Zusammenarbeit der beiden Staatsminister immer wieder deutlich –, ob wir die Landschaftspflege, den Vertragsnaturschutz oder das KULAP nehmen. Alle Programme gehen letztlich mit einer Win-win-Situation für die teilnehmenden Partner einher und betreffen ein gutes Drittel der bayerischen landwirtschaftlichen Nutzfläche. Das soll uns erst mal jemand nachmachen. Blühflächeninitiativen, Imkern auf Probe: Das sind bayerische Erfolgsgeschichten. Wir spielen Landnutzung und Umweltanliegen eben nicht gegeneinander aus, sondern führen sie zusammen. Agrarökologie, Wasserberatung – Herr Arnold, Sie sind im Ausschuss, Sie bekommen das doch immer alles mit – und Gewässerschutz gewinnen in Bayern seit Jahren an Bedeutung und spielen eine zentrale Rolle in Aus- und Fortbildungsangeboten.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Ganz ruhig bleiben!)

Wir dichten nicht, wir reimen nicht, Herr Pfaffmann. Wir handeln! Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Natürlich räumen wir ein: Schwarze Schafe dürfen nicht geschont werden. Das lassen auch wir nicht zu.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Sehr gut!)

Herr Pfaffmann, da Sie mich so angrinsen, würde es mich schon reizen, ein paar Sprüche über Frau Hendricks loszulassen. Aber ich werde es nicht tun; wir bleiben sachlich.

(Lachen bei der SPD)

Da heute auch Faschingsgäste im Haus sind, bin ich mir sicher, dass da spätestens beim Veitshöchheimer Fasching etwas fällig ist.

(Beifall bei der CSU – Dr. Paul Wengert (SPD): Tata! Tata! Tata!)

Dass die Bundesministerin falsch tickt, belegen übrigens auch mutige Statements führender SPD-Fachleute. "Ich halte die Kampagne für platt, gefährlich und kontraproduktiv", äußerte beispielsweise Till Backhaus, SPD-Agrarminister von Mecklenburg-Vorpommern.

Frau Hendricks reagiert, indem sie sagt, Öffentlichkeitsarbeit müsse Aufmerksamkeit erzeugen und zum Mitmachen anregen. Zu dieser Aussage kann ich nur sagen: Diese Offensive ist voll in die Hose gegangen.

(Beifall bei der CSU)

In einem Beitrag für die "Bild"-Zeitung brillierte Frau Hendricks im Übrigen damit, dass sie, wo immer es möglich sei, Müll vermeide. Mit ihrer Kampagne hat sie leider das Gegenteil bewirkt; sie hat viel unnötigen Müll produziert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Diesen gilt es jetzt umweltgerecht zu entsorgen. Frau Hendricks sollte sich beim Bauernstand und bei allen Steuerzahlern entschuldigen. Eines ist sicher: Für eine weitere Kabinettskarriere hat sie sich disqualifiziert.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Kraus das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Endlich – endlich steht auf unserer Tagesordnung wieder ein Dringlichkeitsantrag, der tatsächlich dringlich ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Ein noch dringlicheres, noch aktuelleres Thema konnte uns wohl kaum auf dem Tablett serviert werden.

Worum geht es? – Wir beraten über die misslungene – oder: unglückliche – Plakataktion der Bundesministerin Barbara Hendricks. Diese Werbeagentur – ich weiß nicht, was sie für diese Kampagne bekommt – ist ihr Geld wert gewesen. Die mediale Aufmerksamkeit ist groß. Das Netz und alle Zeitungen sind voll mit entsprechenden Berichten. An allen Stammtischen wird darüber gesprochen. Viele Politiker haben sich dazu geäußert.

Leider ist der Anlass, aus dem wir darüber sprechen müssen, nicht so schön; sonst hätten wir das Thema nicht zum Gegenstand eines Dringlichkeitsantrags gemacht. Vielleicht hat sich die Agentur das Motto von Hollywood zu eigen gemacht: Hauptsache, man ist im Gespräch, ob negativ oder positiv, spielt keine Rolle; Schlagzeilen sind wichtig, ganz gleich, wie sie ausfallen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber wir reden hier von Steuergeldern. Laut Medienberichten hat diese unglückliche Kampagne über 1,6 Millionen Euro gekostet. Auch vom Bund der Steuerzahler kam in einer Pressemitteilung schärfste Kritik.

Prof. Klaus Lutz, Vorstandsvorsitzender des BayWa-Konzerns – "BayWa" steht ursprünglich für "Bayerische Warenvermittlung"; der Konzern ist in der Münchner ArabelstraÙe ansässig – sprach davon, dass es sich eventuell um eine Wahlkampfkation handele. In der Pressemitteilung ist weiter zu lesen, dass die Kampagne für die baye-rischen Bauern sicherlich nicht günstig sei; sie sei schiefgelaufen und habe das Ziel verfehlt.

Wogegen richtet sich die Aktion konkret? – Sie richtet sich gegen ehrliche, hart arbeitende Menschen, die, wenn es tierhaltende Betriebe sind, 365 Tage im Jahr tätig sind. Viele Landwirte machen das ihr Leben lang, sie bewirtschaften seit Generationen den Hof. Gegen diese anständigen, fleißigen Leute spricht sich die Aktion aus. Das können wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Überschrift der Kampagne lautet: "Neue Bauernregeln". Die alten Bauernregeln gibt es seit Jahrhunderten. Wie heißt es so schön: "Bauernregeln sind meist in Reimform gefasste alte Volkssprüche über das Wetter und die Folgen für die Landwirtschaft."

Die Folgen, die die elf sogenannten "neuen Bauernregeln" haben würden, sollte die Aktion wie geplant am 13. Februar 2017 bundesweit starten, wären inakzeptabel.

Was wollte das Bundesumweltministerium mit dieser Aktion eigentlich erreichen? Laut einer Reaktion vom 3. Februar 2017, die das Pressereferat herausgegeben hat, ist das Ministerium für saubere Luft, sauberes Grundwasser, gute Böden und den Erhalt der Artenvielfalt zuständig. Weiter lesen wir dort: "Diese Güter können wir nur schützen, wenn sich die Landwirtschaft ändert."

Jetzt meine Frage: Wenn die Landwirtschaft angeblich so schlecht war, warum sind dann die Güter so gut, dass wir sie schützen müssen? Irgendetwas passt in dieser Argumentation des Bundesministeriums nicht zusammen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Ich schütze nur gute Produkte. Den guten Produkten, die die Landwirtschaft in den vergangenen Jahrhunderten erwirtschaftet hat, haben wir vieles zu verdanken. Ohne diese guten Produkte hätten wir nicht die hohe Lebenserwartung, nicht die gesunden Nahrungsmittel und nicht die Angebotsvielfalt wie heute. Auch wären die landwirtschaftlichen Produkte nicht so günstig. Ist es angesichts dessen wirklich gerechtfertigt, die Landwirtschaft als so schlecht anzusehen?

Weiter heißt es in dieser Mitteilung, das Ministerium wolle "auf spielerische und humorvolle Art" auf Fehlentwicklungen aufmerksam machen, die unbestreitbar seien. Dieser Satz enthält etwas Wahres: Es gibt in der Tat eine Fehlentwicklung. Diese Bun-

desumweltministerin ist eine Fehlbesetzung. Diese Person an dieser Stelle – das ist eine Fehlbesetzung. Insofern ist dieser Satz mehr als angebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen fordern viele Verbände und Organisationen mittlerweile den Rücktritt der Ministerin.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– Ihr habt es doch selbst in der Presse gelesen; das brauche ich euch doch nicht vorzulesen.

Was hat die Kampagne erreicht? – Sie hat zum Beispiel erreicht, dass sich einige junge Leute fragen, ob sie den richtigen Beruf ergriffen haben. Ich gehe davon aus, dass mehrere Kollegen wissen, dass in den vergangenen Tagen Berufswettkämpfe, organisiert vom Bund der Deutschen Landjugend und vom Bayerischen Bauernverband, ausgetragen wurden, in denen sich junge Leute, Berufsschüler, ohne Prüfungsstress intern messen, um festzustellen, wo jeder im Vergleich zu den anderen steht. Es kann doch nicht wahr sein, dass landwirtschaftliche Berufe in der Öffentlichkeit so lächerlich gemacht, so diffamiert werden.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Macht euch doch nicht lächerlich!)

Das ist wirklich mehr als beleidigend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe bereits erwähnt, dass viele Verbände und Organisationen den Rücktritt von Frau Hendricks gefordert haben. Ich fordere von ihr eine klare, eindeutige Entschuldigung bei allen deutschen Landwirtschaftsfamilien.

Ich fordere auch eine eindeutige Stellungnahme unserer bayerischen Umweltministerin ein. Herr Brunner, der Landwirtschaftsminister, hat schon eine Erklärung herausgegeben.

An dieser Stelle muss ich auch sagen: Alle Achtung vor Ministerpräsident Seehofer, der, wie wir lesen konnten, ebenfalls eine Entschuldigung gefordert hat.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wo? Im Bierzelt?)

Die Staatsregierung fordere ich auf, sich dafür einzusetzen, dass sich die Frau Bundeskanzlerin mit ihrer Ministerin einmal auseinandersetzt. Ich habe es erwähnt: Es kann nicht sein, dass ein Bundesministerium eine solche Aktion billigt und dafür Steuergelder bereitstellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich gehe noch kurz auf die vorliegenden Anträge ein. Der Antrag der CSU-Fraktion ist gerade einmal zwei Drucksachennummern vor dem unsrigen eingegangen. Beide Anträge ähneln sich, beide zielen in die richtige Richtung. Deswegen werden wir dem Antrag der CSU-Fraktion zustimmen. Ich bitte natürlich auch um Zustimmung zu dem Antrag der FREIEN WÄHLER.

Noch eine Anmerkung zu der Reaktion der Kollegen von den GRÜNEN auf die Ereignisse: Auf der Pressekonferenz war zu hören, wer laut schreie, habe nicht immer recht; das habe ich zumindest so gelesen. Dazu muss ich sagen: Fassen Sie sich bitte an Ihre eigene Nase! Wer schreit denn hier sonst immer so laut?

Zuletzt darf ich Folgendes sagen: Jeder macht Fehler. Fehler sind menschlich. Wahre Größe – politische, nicht körperliche; ich weiß nicht, wie groß Frau Hendricks ist – besteht darin, dass man Fehler eingesteht, dass man sich gute Ratschläge zu Herzen nimmt und dass man noch einmal darüber redet. Wenn ich aber die vorhin erwähnte Pressemitteilung des Bundesministeriums lese, dann muss ich leider feststellen – zumindest habe ich den Verdacht –, dass Frau Hendricks und das gesamte Ministerium

ihren Fehler nicht eingestehen werden. Sie haben einfach nicht bedacht, welche Folgen diese Aktion auslösen würde.

Wir müssen alles tun, was in unserer bayerischen Macht steht, damit diese Plakataktion gestoppt wird und nicht wie geplant am 13. Februar startet. Damit handeln wir zum Wohle unserer Bauern, zum Wohle des Nachwuchses in allen grünen Berufen, zum Wohle unserer ehrlichen bayerischen und deutschen Landwirtschaft. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Für die SPD-Fraktion: Herr Kollege Arnold. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Diese Plakataktion ist offensichtlich der Auslösemechanismus für unterschiedliche Verhaltensweisen. Wir stellen fest, dass das Tourette-Syndrom offensichtlich nicht mehr nur bei der CSU, sondern mittlerweile auch bei den FREIEN WÄHLERN beheimatet ist. Was das Tourette-Syndrom ist, kann ich Ihnen sagen:

(Sandro Kirchner (CSU): Das ist eine schlimme Krankheit!)

Eine zentralnervöse Verhaltensstörung, bei der der Betroffene auch aggressive Ausdrücke herausschleudert. Das ist durch diese Plakataktion ausgelöst worden. Wir haben es gehört, es geht dabei nicht um die Sache, sondern es geht um die Person. Es wird über die Größe der Ministerin diskutiert, über deren Ausbildung, den Bildungsstand und den Bildungsgrad, aber es wird herzlich wenig über die Sache diskutiert.

(Beifall bei der SPD)

Diese Plakataktion war aus meiner Sicht in der Art und Weise, wie man sie verstehen kann, zur Auslösung einer Diskussion gedacht. Sie sprachen von Volksverdummung. Glauben Sie denn, dass das Volk so dumm ist, dass es nicht lesen und keine eigenen

Schlüsse ziehen kann? Welches sind in dem Zusammenhang die Schlüsse? – Manchmal sind auch Überspitzungen im politischen Meinungskampf geeignet, um bestimmte Verhaltensweisen hervorzurufen. Diese Überspitzungen sollten nichts anderes bewirken, als über die Gemeinsame Agrarpolitik 2020 zu diskutieren und die Probleme anzusprechen. Aus meiner Sicht ist die Plakataktion in der Tat nicht gelungen. Deutschland ist es aber aus meiner Sicht wert, dass nicht nur in Städten, sondern auch auf dem Land solche Plakate aufgehängt werden, um eine grundsätzliche Diskussion zu befeuern.

(Beifall bei der SPD)

Täuschen wir uns doch nicht darüber hinweg, dass die jetzt entstandene Situation Folge einer langen Diskussion auch der Politik ist. Hat die EU kein Vertragsverletzungsverfahren wegen der Wasserrechtsrahmenrichtlinie eingeleitet, weil eine schwarz-gelbe Regierung mit Bundeslandeswirtschaftsministerin Aigner lange Zeit nichts getan hat?

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört! Hört!)

Stehen deswegen den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern keine erheblichen Kosten ins Haus, wenn diese Probleme nicht gelöst werden?

(Beifall bei der SPD)

Wird auf jeder Jahreshauptversammlung des Bayerischen Bauernverbandes oder anderer Verbände nicht darüber diskutiert, dass zwischen dem sinnvollen, nachhaltigen und vernünftigen Tätigwerden von 99,9 % unserer bäuerlichen Familienbetriebe und der Wahrnehmung dieses Tätigwerdens durch die Bevölkerung eine Kluft besteht? Was ist dagegen getan worden? – Ich kann Ihnen sagen: nicht viel. Wenn diese Plakataktion geeignet ist, das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass diese Probleme hinterfragt werden müssen, dann hat sie ihren Sinn und Zweck erfüllt, weil dann eine Diskussion in Gang gesetzt wird.

Niemand wird doch behaupten, dass diese Bauernregeln eins zu eins ins Bewusstsein eines mündigen Bürgers eingehen. Das macht niemand. Wenn man böswillig ist, kann man aus allem etwas herauslesen. Das sollten aber diejenigen machen, die für die Ausbildung oder Berufsbildung in der Kultusverwaltung tätig sind; denn es geht um die Interpretation von Gedichten und Aussagen. Manche Aussagen sind in der Tat richtig, manche sind falsch. "Steht das Schwein auf einem Bein ...", meine Herren, wo, gibt es das? – Jeder weiß doch, dass das Blödsinn ist.

Ich sage aber auch: Wer versucht, diese Probleme nur auf humorvolle Weise anzusprechen, nimmt eigentlich die Prozesse, die in den letzten Jahren in der Landwirtschaft vorangegangen sind, nicht richtig ernst. Nicht nur unser Landwirtschaftsminister, sondern auch andere haben in der Agrarministerkonferenz diese Einigung herbeigeführt. Schließlich hat auch Herr Brunner heute den Kollegen Vogelsänger aus Brandenburg als positiv in der Agrardiskussion dargestellt. Till Backhaus war es, der die Einigung über eine günstige Agrarförderung positiv befeuert hat. All das sind Verdienste um die kleinteilige Landwirtschaft, die sich auch die Verantwortlichen in der SPD erworben haben.

Die Stigmatisierung von Plakaten ist das eine. Dass wir uns aber auch parteiintern dieser Diskussion stellen, ist dankenswerterweise schon einmal genannt worden. Kollege Priesmeier aus der SPD-Bundestagsfraktion hat die Plakataktion als ein sehr kritisches Instrument gesehen. Genauso sehen es Till Backhaus, Jörg Vogelsänger und meine Wenigkeit. Wir haben auch gesagt, dass diese Plakataktion wohl nicht das geeignete Mittel ist, um das Bewusstsein der Bevölkerung nachhaltig zu schärfen. Jeder vergreift sich einmal im Stil, jeder vergreift sich einmal im Mittel. Dazu muss ich Ihnen eines sagen: Neuerdings regt man sich über Frau Hendricks auf. Niemand von Ihnen hat sich darüber aufgeregt, als der Bundeslandwirtschaftsminister in der höchsten Krise sagte: "An apple a day keeps Putin away." So viel zur CSU-Agraraußenpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Arnold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Herz?

Horst Arnold (SPD): Niemand, zumindest nicht der Bauernverband, hat sich über die Veröffentlichungen des Bundeslandwirtschaftsministeriums auf der Grünen Woche heftig aufgeregt, wo es um Nahrungs- oder Ernährungskunde ging. Da gab es doch tatsächlich ein Plakat, das unter Führung Ihres Bundeslandwirtschaftsministers erstellt wurde, auf dem gefragt wurde: Wie viel Wasser braucht ein Kilogramm Steak? Herr Kollege Kreitmair, Sie haben es erwähnt. Unser Bundeslandwirtschaftsminister sagt doch: Um ein Kilogramm Steak auf den Tisch zu bekommen, braucht man 15.000 Liter Wasser. Hallo?! Da muss man doch einmal nachfassen. Das sind Fachdiskussionen, die auch mit Plakaten geführt werden. Dazu hört man gar nichts, und zwar deswegen, weil das, was Ihr Bundeslandwirtschaftsminister auf Plakaten zur Grünen Woche verkündet, grob falsch ist. Ich bin dem Bauernverband dafür dankbar, dass er es angesprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

Um es auf den Punkt zu bringen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Lassen wir doch diese gegenseitigen Anschuldigungen und das Bashing sein und kehren wir wieder zurück zu einer sachorientierten Diskussion.

(Jürgen W. Heike (CSU): Sehr gut!)

Wir wollten zu dieser Problematik eine gemeinsame Anhörung durchführen. Dieser Antrag ist aber abgelehnt worden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Behandlung des Antrags, nicht der Antrag selbst!)

Wir können gerne danach fragen, ob die Maßnahmen der Bundesregierung zielführend waren, das alles können wir einbringen. Lassen Sie es doch bitte sein, Ihre momentane Betroffenheit mit einem Scheuklappendenken und einem relativ krankhaften Bashing-Verhalten in der Öffentlichkeit darzustellen. Im Bayerischen Rundfunk wurde

gerade eine Umfrage durchgeführt. Ich bedauere auch, dass 80 % der Zuhörerinnen und Zuhörer, die befragt wurden, diese Plakataktion als witzig empfinden. Ich halte das Thema für zu ernst, um darüber Witze zu machen. Lassen Sie uns weiterhin sachlich zusammenarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden sowohl den Antrag der CSU als auch den Antrag der FREIEN WÄHLER nicht ablehnen, sondern wir werden uns enthalten.

(Petra Guttenberger (CSU): Oh!)

– Was heißt "Oh"? Frau Guttenberger, Sie geben eine persönliche Erklärung ab, wenn Sie sich enthalten, damit man es in Ihrem Wahlkreis im Protokoll nachlesen kann. Wir werden uns enthalten, weil wir mit der Art und Weise der Durchführung der Maßnahme nicht einverstanden sind. Wir wollen es aber nicht durchgehen lassen, dass aus einer Mücke ein Elefant gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Arnold, Sie haben dem Kollegen Dr. Herz versprochen, dass er jetzt eine Zwischenbemerkung machen darf. Bitte, Herr Dr. Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Horst Arnold, eines Ihrer letzten Worte hieß, das Thema sei zu ernst. Es ist sicher sehr ernst. Natürlich ist die BayernSPD nicht für das verantwortlich, was die Bundesministerin von sich gibt. Den Umfang und das Ausmaß der Reaktionen, die durch eine solche Aktion erzeugt wurden, sollten wir nicht unterschätzen. Wenn wir über Düngerecht, über Anlagenordnung oder über Wasserqualität diskutieren, brauchen wir die Landwirte und Grundstücksbesitzer, um diese Probleme zu lösen. Deshalb ist es ein schlechter Stil, diese Berufsgruppe durch eine Plakataktion zu diffamieren, die auch noch 1,6 Millionen Euro verschlingt. Ich stelle deshalb die Frage an die BayernSPD und ihren Vertreter: Ist Ihnen, ist euch klar, was damit angerichtet wird?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Horst Arnold (SPD): Ich habe versucht, es klar darzustellen. Wir sehen die Aktion als ein nicht glückliches Mittel. Die Diskussion, die dadurch ausgelöst wurde, sehen wir aber als veranlasst. Wir sehen zumindest, dass die Diskussion über die Bauern hinaus geführt wird. Lieber Kollege Herz, lieber Poldi, ich sage dir deutlich: Eine so starke, solide funktionierende kleinteilige bäuerliche Landwirtschaft ist auch stark genug, eine bundesweite, möglicherweise misslungene Kampagne auszuhalten und daraus wie ein Phoenix aus der Asche hervorzugehen, wenn sie sich denn zu ihren Leistungen bekennt.

Präsidentin Barbara Stamm: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Schöffel gemeldet. Bitte schön.

Martin Schöffel (CSU): Herr Kollege Arnold, Sie haben eine ganze Reihe von Nebelkerzen geworfen und aus meiner Sicht eine große Chance vertan, sich von dieser Plakataktion deutlich zu distanzieren. Sie haben mit schwerkranken Leuten argumentiert. Letzten Endes haben Sie jedoch an der Sache vorbeigeredet. Ich möchte von Ihnen klar und deutlich wissen: Wird die bayerische SPD alles in ihrer Macht Stehende tun, um auch über den Bundesparteivorsitzenden auf die Umweltministerin einzuwirken? Diese Kampagne, die die bayerischen Bauern und die deutsche Landwirtschaft massiv in Misskredit bringt, darf nicht starten. Werden Sie sich dafür einsetzen? – Ja oder Nein!

(Beifall bei der CSU)

Horst Arnold (SPD): Lieber und hochgeschätzter Herr Kollege Schöffel, Sie haben in diesem Zusammenhang etwas verwechselt. In einem System der Gewaltenteilung besteht immer noch der Unterschied zwischen Parlament und Regierung. Das eine ist die Legislative, das andere ist die Exekutive. Die Ministerin zählt zur Exekutive. Die Ministerin gehört der SPD an. Diese Ministerin ist jedoch der Richtlinienkompetenz der CDU-Kanzlerin Merkel unterstellt.

(Beifall bei der SPD)

Unternehmen Sie im Rahmen Ihrer exekutiven Möglichkeiten alles, um diese Kampagne zu unterbinden. Die SPD hat sich dazu im Rahmen der Landwirtschaftspolitik hinreichend geäußert. Ich lehne diese Kampagne persönlich als Missgriff ab. Dabei bleibe ich. Die Maßnahme an sich kann ich jedoch nicht steuern. Das ist Bundesangelegenheit.

(Widerspruch bei der CSU)

Schuster bleib bei deinen Leisten – auch Herr Schöffel.

(Beifall bei der SPD – Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ist es!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Sengl das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt wird es spannend. Was sagen die GRÜNEN zu diesem Thema? Landauf, landab wird gereimt. Irgendwie haben alle ihre Dichterseelen entdeckt. Mir sind ebenfalls zwei Reime eingefallen, die ich Ihnen nicht vorenthalten will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hat der Bauernverband Schaum vorm Mund, trifft der Reim den wunden Punkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Spricht die CSU von Sauerei, erinnern wir an Bayern-Ei.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Sprüche dieser Kampagne stimmen alle. Es handelt sich um ein allgemein vorhandenes Wissen, das in humorvoller Weise vorgetragen wird. Ehrlich gesagt, verstehe ich die Aufregung nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im offenen Brief, den Minister Brunner an Ministerin Hendricks geschrieben hat, überraschen mich sowohl die Sprache als auch die Argumente. Das hätte ich von Herrn Minister Brunner nicht erwartet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kenne übrigens Bauern, die das auch witzig finden. Ist schon klar, dass ihr die nicht kennt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Alle sprechen von einer polemischen, verheerenden, demütigenden, verächtlichen und verunglimpfenden Kampagne. Wer spricht denn davon? – Verbandsfunktionäre, der Bundesminister und unser Landwirtschaftsminister. Sie fühlen sich stark angegriffen. Diese Reaktionen lassen für mich nur einen Schluss zu: Die Gedichte treffen voll ins Schwarze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Aktion benennt Probleme, die einfach vorhanden sind. Dazu zählen zu viel Nitrat im Trinkwasser sowie ein stetiger Rückgang der Artenvielfalt. Immer wieder gibt es Höfe, die aufgeben. Wer verursacht das Höfesterben? – Ganz bestimmt nicht diese Kampagne. Verursacher ist eine seit Jahrzehnten fehlgeleitete Agrarpolitik, die nur auf den Weltmarkt abzielt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayerische Bauern sollen für den Weltmarkt billigste Rohstoffe produzieren und sie an die weiterverarbeitende Industrie wie die Molkereien und die Schlachtereien liefern. Alles soll immer größer, immer noch mehr und immer billiger sein. Das geht nur unter Ausbeutung aller Ressourcen, der Ausbeutung des Bodens, der Pflanzen, der Tiere und auch der eigenen Familie sowie aller finanziellen Möglichkeiten. Wenn die Bauernfamilien mit dem Rücken zur Wand stehen und sich durch Überschuldung und Überarbeitung einem gnadenlosen internationalen Wettbewerb ausgeliefert fühlen, ist das schlimm. Das gehört angeprangert und ab sofort geändert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber die Agrar- und Nahrungsmittelindustrie macht mit diesen billigen Rohstoffen die besten Geschäfte. Es ist wirklich ein Hohn, wenn eine Molkerei ihren Geschäftsbericht für das Jahr 2016 vorstellt und sich mit einem tollen Geschäftsjahr brüstet. Auf wessen Rücken? – Auf dem Rücken der Milchbauern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wissen, wie die Lage der Milchbauern im Jahr 2016 war. Vor diesem Hintergrund ist es unglaublich, dass dies überhaupt vorkommt. Die ruinösen Erzeugerpreise machen unsere Landwirtschaft kaputt und damit auch unsere Umwelt. Man kann darüber reden, ob hierfür gereimte Bauernregeln die richtige Form der Mitteilung sind. Ein Ziel der Kampagne ist jedoch erreicht: Sie hat sehr viel Aufmerksamkeit erzeugt. Das ist bei diesen Problemen das Allerwichtigste. Wir müssen uns diesen Problemen stellen und endlich aufhören, Tatsachen zu verneinen und abzuwiegeln. Bis jetzt wird in Deutschland politisch vor allem auf Bundesebene alles verzögert, verschleppt und verwässert, und zwar genau von den Protagonisten, die jetzt so laut schreien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wasserrahmenrichtlinie wurde auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Hinsichtlich der Düngeverordnung gab es die Androhung eines Strafverfahrens. Das end-

gültige Verbot von Neonicotinoiden wird nicht durchgesetzt. Das selbstgesteckte Ziel von 20 % Öko-Landwirtschaft liegt in weiter Ferne. Das Insekten- und Bienensterben wird nicht angegangen. Es geht nicht um eine gute oder schlechte Kampagne. Wir können uns die Energie sparen, darüber zu streiten. Wir sollten für eine umweltverträgliche und damit zukunftsfähige Landwirtschaft eintreten. Wir sollten für eine Landwirtschaft eintreten, die gute und gesunde Lebensmittel erzeugt und Bauern faire Chancen bietet. Dafür sollten wir eintreten. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Sengl, bitte kommen Sie an das Mikrofon zurück. Herr Kollege Steiner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Steiner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Sengl, nach Ihrer Rede frage ich mich, warum Sie nicht den Mut haben, diese Rede auch bei bäuerlichen Organisationen zu halten. Diese Woche waren wir beim Verband Landwirtschaftlicher Fachschulabsolventen in Bayern. Dort haben Sie den bayerischen Weg gelobt. Sie haben alles super dargestellt wie auf der Blümchenwiese. Jetzt halten Sie wieder eine Hetzrede.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Jürgen W. Heike (CSU): Doppelzüngig!)

Ich bin immer wieder überrascht, woher Sie die Unverfrorenheit nehmen, so aufzutreten. Entweder wissen Sie nicht, wovon Sie reden, wenn Sie pauschalisieren, oder Sie betreiben eine üble Hetze gegen die bayerische Landwirtschaft. Das hat mit der Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden Hartmann vor Weihnachten seinen Höhepunkt erreicht. Ich zitiere: "Zu viel Nitrat im Wasser, Gift im Boden, Keime im Fleisch, die gegen Antibiotika resistent sind – das ist doch die Realität in Bayern im Jahre 2016."

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): So ist es! Das stimmt vollkommen! – Margarete Bause (GRÜNE): Das war eine gute Rede!)

Neulich habe ich diese Rede vor allen Bauern zitiert. Die haben gesagt: Ist der noch ganz dicht? Sind Sie noch ganz dicht, wenn Sie solche Sachen verteidigen?

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Das ist mir jetzt wurscht. Sie teilen auch aus.

Unser Ziel ist eine giffreie Landwirtschaft für Bayern.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Frau Kamm, kümmern Sie sich um etwas anderes – Schreihals.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Kein Anstand! – Margarete Bause (GRÜNE): Beleidigungen!)

Das ist doch das Problem. Sie suggerieren den Bürgern draußen, Bayerns Bauern vergifteten die Landwirtschaft, die Böden und die Tiere. Heute waren Leute aus dem Schlachthof Traunstein da. Herr Hartmann hat gesagt: In Traunstein werden die Tiere ohne Betäubung geschlachtet. – Das ist eine üble Lüge, das sind Diffamierung und Hetze gegen die Landwirtschaft.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Jetzt reicht's aber!)

Das befördert das Misstrauen und den Generalverdacht gegen die bayerischen Bauern.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN – Ulrike Gote (GRÜNE): Kann ihn mal jemand stoppen?)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Ihre Zeit ist vorbei. – Ich möchte Folgendes anmerken: Ich bitte, zu unterscheiden zwischen dem, wie draußen beurteilt wird,

und der Art und Weise, wie man hier persönlich mit einer Abgeordneten oder Kollegin spricht. – Bitte schön, Frau Kollegin.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

– Frau Kollegin Bause, ich bin da immer sehr vorsichtig. Aber ich glaube, ich habe das sehr deutlich angesprochen. Achten Sie bitte darauf, wie wir miteinander umgehen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Ja, genau!)

– Frau Kollegin Bause, ich habe hier meine Pflicht getan. Geben Sie sich damit auch mal zufrieden. Sie müssen am Ende nicht immer recht haben. – Bitte schön, Frau Kollegin Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Das war jetzt mehr oder weniger ein Statement. Aber es waren auch mehrere persönliche Vorwürfe dabei. Der Hauptvorwurf, dass ich gegen Bäuerinnen und Bauern Hetze betreiben würde, stimmt einfach nicht. Wer mich ein bisschen kennt, der weiß, dass das einfach nicht stimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, was ich sonst darauf sagen soll. Wer meiner Politik zuhört und sie ernst nimmt, der weiß genau, worauf wir hinauswollen. Das habe ich hier gesagt, und das sage ich auch an anderen Stellen. Es tut mir leid, wenn das so missverstanden wird. Mir geht es überhaupt nicht um Hetze. Hetze bringt niemanden weiter. Die kommt eher aus einer anderen Ecke. Das ist zumindest mein Empfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat für die CSU-Fraktion die Frau Kollegin Schorer das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Angelika Schorer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich denke, es ist zu Recht eine hitzige und eine lebhafte Diskussion. Wenn

man die neuen Bauernregeln im Detail liest, dann fühlt man sich als Bäuerin zu Recht angegriffen. Die Sprüche sind nicht witzig. Ich möchte Folgendes deutlich sagen: Beim Lesen der neuen Bauernregeln auf den Plakaten unserer Bundesministerin Hendricks fallen drei Punkte auf.

Erstens. Die Diffamierung des Bauernstandes. Wir haben das nicht nur vom Vorredner gehört, sondern auch von unseren Bäuerinnen und Bauern. Die Sprüche sind eine schallende Ohrfeige. Man muss das auch von dieser Seite sehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die bereits vor mir gesprochen haben, die Rückmeldungen in der Presse kommen nicht nur von den Verbänden. Die Rückmeldungen auf den Webseiten kommen auch von Bäuerinnen und Bauern. Die Inhalte müssen angesprochen werden, und zwar im Landwirtschaftsausschuss. Das werden wir auch tun. Aber man sollte nicht einen ganzen Berufsstand diffamieren.

Zweitens. Ich finde, dass sich diese Ministerin näher mit den komplexen Zusammenhängen von Landbewirtschaftung und Nahrungsmittelproduktion auseinandersetzen sollte. Ich möchte fast behaupten, dass die Ministerin keine Ahnung hat. Das meine ich auch so, wie ich es sage.

Drittens. Man sollte aus solchen Dingen auch etwas lernen. Bei derart negativen Reaktionen sollte man sich als Bundesministerin die Kampagne noch mal genauer anschauen. Vielleicht wird man dann feststellen, dass sie verfehlt ist. Man sollte dann auch den Mut haben, diese Aktion zurückzuziehen.

Der Antrag der CSU-Fraktion und auch der Antrag der FREIEN WÄHLER gehen in die Richtung, diese Aktion zu stoppen. Dazu sollte man nicht nur Mut haben, sondern das sollte man auch deutlich sagen. Seit ich Bäuerin bin, und das bin ich über 30 Jahre lang, habe ich noch nie erlebt, dass man den Bauernstand so diffamiert.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das muss ich ganz deutlich sagen. Was diese Aktion alles hervorgerufen hat!

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte jetzt nicht erwähnen, dass auch der Bund der Steuerzahler schon angeregt hat, die Aktion genauer unter die Lupe zu nehmen. Es gibt auch Reaktionen, dass sich der Bundesrechnungshof die Aktion anschauen soll. Das ist ein anderer Punkt.

(Widerspruch der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Frau Kollegin Kamm, ich lasse Sie auch immer ausreden. – Es ist auch wichtig, zu zeigen, wie wir das in Bayern machen. Es ist wichtig, zu zeigen, dass wir einen anderen Politikstil haben.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Da fragen Sie mal die Frau Bundeskanzlerin, was die zu Ihrem Politikstil sagt!)

Ja, das muss man ganz deutlich sagen. Wir sind in Bayern und machen bayerische Landwirtschaftspolitik.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich rede heute davon, wie wir mit unseren Bäuerinnen und Bauern sprechen. Wir nehmen uns nicht nur Zeit, sondern wir führen auch Dialoge. Unser Landwirtschaftsminister ist heute hier und führt Dialoge. Er stellt auch heraus, wo nachgearbeitet werden muss. Nicht nur Runde Tische, sondern auch intensive Gespräche über Milch, Fleisch, mit dem Lebensmitteleinzelhandel usw. sind wichtig. Das ist unser Politikstil. Wir gehen nicht mit bösen Sprüchen in die Welt hinaus.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich möchte Folgendes deutlich sagen: Wenn es die Situation erfordert hat, dann hat unser Bayerischer Ministerpräsident nicht nur einen Landwirtschaftsgipfel einberufen, sondern auch vieles mit umgesetzt. Er hat schnell reagiert. Das ist bayerische Landwirtschaftspolitik. Man steht zu den Bäuerinnen und Bauern. Man zeigt Lösungswege auf. Man sucht nach Lösungswegen, und zwar nicht nur auf Spitzengipfeln. Unser Mi-

nister und der Vorredner, Herr Schöffel, haben schon deutlich gemacht, und das möchte ich auch noch erwähnen: Ja, wir stehen dazu, die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die eventuell im Jahre 2020 verändert wird oder auch nicht, soll die Bevölkerung zum Dialog auffordern und Reaktionen hervorrufen. Der Kollege hat es schon deutlich gesagt: Ja, wir sind zur Diskussion bereit. Aber wir wollen keine Änderungen in der ersten und zweiten Säule. Heute ist deutlich geworden, dass unsere Bundesministerin etwas ganz anderes möchte.

(Horst Arnold (SPD): Die ist doch dafür nicht zuständig!)

– Sie ruft diese Reaktionen in der Bevölkerung hervor. Das will sie. Herr Kollege, das wollen wir nicht! Wir wollen nicht, dass Dinge vorgegaukelt werden und Meldungen gegen die Bauern kommen. Das möchte ich ganz deutlich sagen: Es macht keinen Sinn, das Geld aus der ersten Säule in die zweite Säule zu stecken. Es macht keinen Sinn, das Geld von der rechten Tasche in die linke Tasche zu stecken. Das ist der falsche Ansatz.

(Widerspruch des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

– Doch, Herr Arnold, ich möchte das jetzt ausführen. Sie haben gesagt, dass Sie sich von den Äußerungen der Bundesministerin zwar distanzieren wollen, aber dass man sie auch witzig verstehen könnte. Aber ich finde diese Äußerungen nicht witzig. Meine Vorrednerin, die Kollegin Brendel-Fischer, hat das auch deutlich gesagt: Auf die Leistungen, die unsere Bauern in Bayern erbringen, müssen wir stolz sein. Wir können sehr stolz auf unsere Landwirtschaft sein.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben sichere und gesunde Lebensmittel. Der Vorsitzende des Arbeitskreises Umwelt und Verbraucherschutz weiß, wovon er spricht und was er sieht. Wir haben hochwertige und sichere Lebensmittel. Daher sollte man diesen ganzen Berufsstand nicht derart diffamieren.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die gesellschaftlichen Leistungen, die unsere Landwirte in Bayern und in Deutschland erbringen, werden mit diesen Sprüchen nicht nur diffamiert, sondern es wird auch so getan, als gäbe es diese Leistungen gar nicht.

Den folgenden weiteren Punkt mache ich auch im Ausschuss immer wieder deutlich: Ja, die Landwirtschaft ist insgesamt dazu bereit, für den Klima- und Umweltschutz einzutreten und diese Anliegen auch in der Zukunft gemeinsam anzupacken. – Herr Kollege, es ist notwendig, diese Aktion zu stoppen, auch wenn die GRÜNEN in dieser Sache anderer Meinung sind und diese immer wieder vertreten.

Ich möchte nun aus der Haushaltsrede zitieren: "... die CSU-Agrarpolitik geht mit Tieren so um, als wären sie keine lebenden Kreaturen, sondern industrieller Rohstoff. Das ist eine Schande ..." Herr Hartmann, ich könnte hier noch vieles zitieren.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das ist doch so! Das ist Massentierhaltung!)

Das muss man klarstellen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Bayern-Ei! Wie die Hühner gehalten worden sind!)

Wir empfinden das nicht so. Es gibt Einzelfälle, und diese Einzelfälle nehmen wir genau in den Blick. Wir arbeiten die Fälle auf. Wir werden gemeinsam mit dem Berufsstand weitergehen.

Ich fordere heute alle Parteien auf, dem Antrag der CSU-Fraktion und dem Antrag der FREIEN WÄHLER, dass die Aktion gestoppt wird, zuzustimmen, und fordere die SPD auf, auf ihre Bundesministerin einzuwirken, dass sie das nicht nur einsieht, sondern auch die Leistungen der Bauern in der Zukunft anerkennt.

(Beifall bei der CSU)

Frau Präsidentin, ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir werden auch dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen. Unserer geht zwar weiter; aber ich denke, das Ziel ihres Antrags ist das gleiche. Deswegen werden wir beiden Anträgen zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Kollege Aiwanger das Wort für die FREIEN WÄHLER. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen in Bayern und in Deutschland eine starke bäuerliche Landwirtschaft und eine regionale Ernährungswirtschaft, mit der wir die Ernährung möglichst wohnortnah, möglichst tierschutzgerecht, aber auch wirtschaftlich sicherstellen können. Wir sind es als Verbraucher gewohnt, volle Läden, hoch qualifizierte ausgebildete Landwirte und Lebensmittel in bester Qualität zu haben. Jetzt stellen wir fest, dass es die Kampagne einer Bundesumweltministerin gibt, in der ein Berufszweig, die Landwirtschaft, mit Sprüchen auf Kindergartenniveau angesprochen wird.

Hören Sie, wie diese Kampagne im Berufsstand der Landwirtschaft ankommt. Fragen Sie die Landfrauen, fragen Sie junge Bauern und fragen Sie Bauern, die jahrzehntelang ihrem Handwerk nachgegangen sind und ihr Lebtage gearbeitet haben. Sie fühlen sich schlichtweg an den Pranger gestellt, wenn sie auf Plakaten "Steht das Schwein auf einem Bein ..." und dergleichen mehr lesen müssen. Das mögen einige humorvoll, witzig oder sonstwie finden. Aber, meine Damen und Herren, gleich dumme Kindertensprüche, mit einem Körnchen Wahrheit und einem Augenzwinkern versehen, könnte man über alle anderen Berufsgruppen, Bevölkerungsgruppen usw. machen. Da würde ein Aufschrei durch die Lande gehen, und da würde man sofort vor Pauschalierungen und davor warnen, dass Menschen gemobbt worden sind.

Um diese Wirkung geht es. Die Bauern fühlen sich an den Pranger gestellt. Sie sind an den Pranger gestellt, weil zwischen den Zeilen mitschwingt, sie wären Tierquälerei

und Umweltverschmutzer. Ich sage Ihnen, diese Kampagne trifft die Bauern mitten ins Herz. Stoppen Sie diese Kampagne! Ein Aufruf an die Staatsregierung: Wir müssen alles tun, um diese Kampagne zu stoppen, weil diese Kampagne wehtut und weil sie schändlich ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist ganz klar, dass ein Ministerium nicht auf dieser Ebene Politik machen darf. Man könnte, wie gesagt, das Gleiche bei vielen, vielen anderen Themen machen. Der Spaß hört dann auf, wenn jemand damit konfrontiert ist. Wir hören ja die Stimmen von jungen Bauernfamilien. Wir hören, dass junge Frauen sagen: Ich will in einen Bauernhof gar nicht mehr einheiraten, weil ich es satt habe, ständig von der Öffentlichkeit angegriffen zu werden, und junge, hoch qualifizierte Landwirte sagen: Ich finde keine Frau, weil es heute nicht mehr cool ist, Landwirt zu sein, weil es cooler ist, in den Urlaub zu fliegen. Niemand hinterfragt, welche Umweltbelastung ein Flugzeug hinausbläst; aber Fliegen ist cool. Bauer zu sein ist irgendwie schmutzig. Keiner will mehr in die Landwirtschaft. Diese Entwicklung aber befeuern Sie mit einer solchen Kampagne. Deshalb müssen wir alles tun, um diese Kampagne zu stoppen. Damit wird die Zukunft eines gesamten Berufsstandes diskreditiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wie landwirtschaftsfeindlich das politische Klima momentan ist, lässt sich an vielen Sachverhalten ablesen. Es ist immer noch in Erinnerung, dass das Gespräch mit der Bundeskanzlerin, das die Milchbäuerinnen in Berlin bei ihrem Protest wollten, abgelehnt wurde. Eine Bundeskanzlerin will nicht mit Milchbäuerinnen sprechen. Meine Damen und Herren, da spiele ich jetzt den Ball auch in das Feld der CSU. Wenn ein Minister hier in der Staatsregierung einen Fehlgriff machen würde, wäre das irgendwann Chefsache, und der Ministerpräsident würde diesen Minister zurückpfeifen. Genauso erwarte ich, dass eine Frau Bundeskanzlerin diese Umweltministerin zurückpfeift und sagt: Das geht so nicht. Aber ich sagte ja eben, dass ich von einer Frau

Bundeskanzlerin noch nie das Wort "bäuerliche Landwirtschaft" gehört habe. Sie macht große Neujahrsansprachen; aber die Bauern kommen darin nicht vor.

Ein Bundeslandwirtschaftsminister der CSU hat auf dem Höhepunkt der Milchkrise gesagt, er sieht keine Krise. Ja, wer hier mit verbundenen Augen durch die Welt läuft, sieht keine Krise. So weit ist also das politische Fehlmanöver auch von Ihrer Seite nicht entfernt. Es ist Ihre gemeinsame Kanzlerin, die dieser Ministerin den Stuhl hält und den Rücken freihält, und es ist Ihr Agrarminister auf Bundesebene. Er hatte auch viele Vorgänger aus den Reihen der CSU, die an den jetzigen Zuständen in der Landwirtschaft mit schuld sind, an Zuständen, die die Landwirtschaft mittlerweile wirtschaftlich an den Rand der Existenz gespielt haben, weil man auch dem Konzentrationsprozess im Lebensmitteleinzelhandel zugeschaut hat und weil man zusieht, dass am Ende drei bis vier Abnehmer die Preise diktieren und Dumpingpreise nach unten durchdrücken. Ich vermisse hier ein Vorgehen über das Kartellamt und einen lauterem Aufschrei aus der Politik gegen die marktbeherrschende Abnehmerstruktur, die die Bauern zu Größenwachstum zwingt und irgendwann dazu führt, dass wir in Bayern nur noch 10.000 Milchviehbetriebe haben. Vor wenigen Jahren waren es noch 50.000, und jetzt sind es 30.000. Das ist auch ein Versagen der schwarzen Agrarpolitik, meine Damen und Herren.

Die SPD setzt jetzt noch eins drauf und verhöhnt die Bauern, die wirtschaftlich auf dem Krankenbett liegen. Stoppen Sie diese Kampagne und machen Sie als zuständige schwarz-rote Bundesregierung endlich vernünftige Politik! Der Freistaat Bayern soll alles tun, damit ein solches Plakat in Bayern nicht aufgehängt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Brunner ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Aiwanger, wir können gerne eine Grundsatzdiskussion über die Agrarpolitik in der Zukunft führen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Gerne!)

Aber ich möchte auf die Bauernregeln zurückkommen. Die Bauernregeln entspringen in aller Regel Lebensweisheiten und Lebenserfahrungen. Aber bei der Frau Hendricks habe ich den Eindruck, dass ihre Bauernregeln leider ihrem tiefsten Empfinden, ihrer Missgunst und ihrem Misstrauen gegenüber der Landwirtschaft allgemein entspringen. Das ist das Schlimme an der Sache. Denn sie hat offensichtlich das in Reimform gesagt, was sie über diesen Berufsstand denkt. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir hier im Bayerischen Landtag Farbe bekennen. Das ist nicht unser Bild von der Landwirtschaft, von den Bäuerinnen und Bauern und von ihrer Arbeit. Ich danke all denen, die hier im Hohen Hause ihre Wertschätzung der Landwirtschaft, der Bäuerinnen und Bauern und aller Bauernfamilien zum Ausdruck gebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die Kampagne der Bundesministerin Hendricks ist kein Einzelfall, sondern eher die Fortsetzung, ja vielleicht der Tiefpunkt in der Kette der vielen Angriffe gerade auf diesen Berufsstand, die diese Ministerin in der Vergangenheit losgelassen hat. Denken wir nur an das Baurecht und an viele andere Dinge.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Lauter sinnvolle Sachen!)

Ich glaube, dass Bauernregeln nicht geeignet sind, einen Berufsstand grundsätzlich zu diskreditieren oder ihn vielleicht sogar in aller Öffentlichkeit nachhaltig schlechtmachen. Das ist nicht mein Politikstil. Ganz im Gegenteil versuche ich, anstelle von Konfrontation und ungerechtfertigten Angriffen einen Ausgleich in der Gesellschaft herzustellen und den bayerischen Weg ganz modern zu interpretieren, indem ich auch den

Dialog forcieren. Ich tue geradezu alles, um verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen, Ansichten und Meinungen im Interesse unserer Mitbürger zusammenzuführen.

Ich nenne sechs Punkte, mit denen ich zum Ausdruck bringen möchte, wie ich das schon in der Vergangenheit umgesetzt habe.

Erstens. Ich habe verschiedene Runde Tische eingerichtet, gerade auch zum Thema Tierwohl. Dabei saßen nicht nur Vertreter der Erzeuger am Tisch, sondern auch Vertreter von Verbraucher-, Tierschutz- und Umweltorganisationen, die ihre Meinung eingebracht haben. Immerhin haben über 30 Verbände und Organisationen eine gemeinsame Erklärung zum Thema Tierwohl und zur Frage, wie wir uns in Bayern eine tiergerechte Produktion vorstellen könnten, abgegeben.

Zweitens. Ich plane, in absehbarer Zeit einen Wasserpakt mit 15 Verbänden und Organisationen abzuschließen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Da läuft doch alles falsch!)

– Nein, das läuft nicht falsch, Herr Kollege Hartmann. Ich erkenne die Herausforderungen der Zukunft und möchte Lösungen nicht gegen, sondern mit den Betroffenen finden. Das ist der Unterschied zu Frau Hendricks.

(Beifall bei der CSU)

Ihr Denkansatz ist falsch: Die Landwirtschaft ist nicht die Ursache des Problems, sondern ein Teil der Lösung. Deswegen brauchen wir die Grundstücksbesitzer, um Verbesserungen zu erreichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Drittens. Ich habe im Jahr 2012 an diesem Rednerpult angekündigt, dass ich das Ziel verfolge, bis zum Jahr 2020 die Öko-Produktion in Bayern zu verdoppeln. Ich möchte den bayerischen Landwirten die Wertschöpfung ermöglichen und nicht durch Importware noch mehr Strukturwandel in Bayern verursachen. Wir sind auf einem guten

Weg. Wir haben es geschafft, mit verschiedenen Organisationen einen Ökopakt abzuschließen. Vor wenigen Wochen haben sich die Städte München und Augsburg dazu entschlossen, daran mitzuwirken. Ich habe das neue bayerische Biosiegel in Brüssel notifizieren lassen, um die Trends "Regionalität" und "Bio" miteinander zu verbinden, damit der Verbraucher sehen kann, woher die Produkte kommen. Ich möchte nicht re-zertifizierte Bioware aus Ägypten oder China unterstützen.

Ich habe zwölf Modellregionen eingerichtet, in denen die Menschen vor Ort Eigenverantwortung zeigen, kooperativ zusammenarbeiten und Themen wie den Wasserschutz, den Klima- und Umweltschutz sowie die regionale Produktion hochwertiger Nahrungsmittel angehen und nicht nur böswillige Äußerungen von sich geben.

Viertens. Unser Kulturlandschaftsprogramm ist in dieser Größenordnung wohl in ganz Deutschland einmalig: 260 Millionen Euro. 50.000 Landwirte haben Verträge unterschrieben, und das freiwillig. Nahezu jeder zweite Landwirt hat verschiedene Maßnahmen dieses Kulturlandschaftsprogramms genutzt. Dieses Programm steht nicht nur für einzelne Landwirte, sondern für alle zur Verfügung.

Fünftens. Das Programm "Erlebnis Bauernhof" ermöglicht es gerade jungen Bürgern, den Schulkindern der ersten bis vierten Klasse, sich ein realistisches Bild von der heutigen Landwirtschaft zu machen. Sie lernen, mit allen Sinnen zu begreifen und nachzuvollziehen, was es heute heißt, Lebensmittel zu veredeln, vom Korn zum Brot, vom Gras zum Käse oder zur Butter. 130.000 Schülerinnen und Schüler haben dieses Angebot bereits genutzt.

Sechstens. Unsere Bauernmärkte sind ein Volltreffer. Wenn wir an einem Sonntag in München oder Nürnberg eine Bauernmarktmeile abhalten, kommen 20.000 Städter. Meine Damen und Herren, diese Leute kommen doch nicht, weil sie unseren Bäuerinnen und Bauern misstrauen. Sie kommen erstens, weil sie die Produkte kaufen wollen, die vor ihrer Haustür erzeugt werden, und zweitens, weil sie sich gern im Gespräch mit den Urproduzenten informieren. Vielleicht wollen sie auch Vorbehalte oder

Vorurteile abbauen. Genau darum geht es: nicht übereinander schimpfen, sondern miteinander reden. Das ist mein Ziel.

(Beifall bei der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Tut das der Bauernverband?)

Erzeuger und Verbraucher an einem Tisch, das ist der bayerische Weg. Deshalb heben wir uns vom Durchschnitt ab. Wir setzen auf Qualität. Wir setzen auf Spezialitäten und Premiumprodukte. Sie können sicher sein, dass wir diesen Weg auch konsequent fortsetzen werden. Da lassen wir uns auch von niemandem beirren, verurteilen oder beschimpfen.

Im Übrigen, an Frau Hendricks gewandt: Wer ständig auf die Bauern hetzt, wird hoffentlich bald versetzt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, darf ich Sie bitten, noch einmal ans Rednerpult zu kommen? – Herr Kollege Zierer für eine Zwischenbemerkung. Bitte schön, Herr Kollege.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, meine Damen und Herren! Ich denke, jeder in diesem Hause steht hinter der Linie, die Sie fahren, und möchte die positive Arbeit Ihres Hauses nach außen verkaufen. Was hilft das aber, wenn sich viele Bauern alleingelassen fühlen, weil wir in Berlin einen Landwirtschaftsminister haben, der nicht hinter uns steht, der nicht handelt und der es nicht fertigbringt, dass die Änderungen in der Landwirtschaft in eine positive Richtung gehen? – Neue Ställe sollen offen und luftig sein. In der Schweinehaltung und in der Geflügelproduktion wird es dadurch besser werden.

Was hilft es, wenn es in der Koalition keine Zusammenarbeit gibt, wenn der Agrarminister schläft und die Umweltministerin auf den Bauernstand einschlägt? Was wird denn draußen beachtet? – Das Einschlagen aufeinander wird beachtet und nicht das,

was geleistet wird. Das ist ein Versäumnis der Großen Koalition; denn es gibt eine Zusammenarbeit zwischen den Verbänden und den Landwirten. Dieses Versagen müssen wir ganz schnell bereinigen. Die Landwirte, die Bauern, ernähren unser Volk. Auf Ernährer schlägt man aber nicht ein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Herr Zierer, ich finde es unfair, dass man jemanden persönlich angreift, wenn er sich nicht wehren kann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Hendricks konnte heute auch nicht hier sein!)

– Nein, aber sie hat ja die Vorlagen geliefert.

(Wortmeldung des Abgeordneten Benno Zierer (FREIE WÄHLER))

– Herr Zierer, Sie können sich nachher noch einmal melden. – Herr Zierer, was Sie sagen, ist fachlich nicht richtig. Ein Bundesminister muss die Situation in 16 Bundesländern berücksichtigen. Ein Bundesminister muss sich eine Mehrheit suchen, um bei 27 EU-Mitgliedstaaten – jetzt sind es noch 28 EU-Mitgliedstaaten – vernünftige Weichenstellungen zu erreichen. Oft sind dazu Kompromisse notwendig.

Im Übrigen darf ich Sie schon darauf hinweisen, was diese Bundesregierung für die Landwirtschaft tut. Denken Sie an den Sozialbereich. Denken Sie daran, dass jetzt in der Krise die Zuschüsse für die landwirtschaftliche Unfallversicherung um 78 Millionen Euro erhöht worden sind. Denken Sie an das Milchpaket: Der Bundeslandwirtschaftsminister hat damit 581 Millionen Euro zusätzlich für die Landwirte zur Verfügung gestellt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gegen erbitterten Widerstand! Sie haben das doch abgelehnt!)

Jetzt stellen Sie sich hin und sagen, der Bundeslandwirtschaftsminister würde nichts tun. Das ist erstens falsch und zweitens nicht ganz fair.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Herr Kollege Zierer, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie nur eine Möglichkeit zur Zwischenbemerkung haben. – Jetzt hat noch Herr Kollege Arnold das Wort. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verlauf der Debatte zeigt, dass unser Antrag sehr wohl zum Thema gehört hat.

(Beifall bei der SPD)

Er betrifft nichts anderes als die Beanstandungen und Anfeindungen gegenüber der Bundesministerin Hendricks und die Folgedebatte, auf die wir von Anfang an hingesteuert sind mit dem Ziel, positive Aspekte der bayerischen Landwirtschaft zu entwickeln.

Herr Kollege Aiwanger, es ist schön, wenn Sie in diesem Zusammenhang die Tränenrüse aktivieren, das Wohlfühl- bzw. Schlechtfühl-Interesse gewisser Berufskreise generieren und auch noch tatsächlich nahezu wie im Bilderbuch herumspringen und den Einzelhandel angreifen. Sie fordern auf der einen Seite, dass die Bundesregierung es richten muss, und vergessen auf der anderen Seite, dass Sie, die FREIEN WÄHLER, tatsächlich eine Stimme im Europaparlament haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Noch!)

Diese eine Abgeordnete hat es tatsächlich verabsäumt, die große Chance wahrzunehmen, bei den Verhandlungen der EU die Öffnungsklausel in Anspruch zu nehmen, nach der die einzelnen teilnehmenden Länder tatsächlich marktregulierende Maßnahmen ergreifen könnten. Sie waren dagegen. Das muss man an dieser Stelle erwähnen, wenn wir hier Nägel mit Köpfen machen.

(Beifall bei der SPD)

Genau das ist die Gefahr: Die einen reden so, die anderen reden anders. Wenn man dann genauer drauf schaut, reden Sie in der Tat in Europa anders. Wir haben darüber schon einmal diskutiert; Sie haben diesen Diskurs mit der Kollegin Müller offenbar nicht weitergeführt. Aber die Abstimmung war nun einmal so.

Sehr geehrter Herr Landwirtschaftsminister Brunner, Sie haben in vielen Bereichen – das haben wir auch immer wieder betont – die Zustimmung. Aber wenn Sie jetzt sagen, die Gesinnung von Frau Hendricks sei nur negativ, sei Ihnen mal entgegengehalten: Wir hatten hier auch eine Diskussion über die Genehmigungen für den Stallbau, also über die Bauordnung. Da waren die Mehrheiten so, wie wir es geahnt hatten. Ich erinnere Sie aber auch daran, dass in Bayern nur 2 % der existierenden bayerischen Landwirtschaft Großstallbauvorhaben planen. Sie haben gesagt, das sei eine Behinderung der bayerischen Landwirtschaft. Nehmen Sie wirklich diesen Ball auf? Subsumieren Sie wirklich die 2 % der bayerischen Landwirtschaft, die Großagrar-Landwirtschaft, bei der Gesamtwirtschaft? – Wenn Sie das täten, würden Sie sich als einer entlarven, der auf der einen Seite davon redet, er schütze die Kleinteiligkeit, während er tatsächlich die Großteiligkeit fördert. Das glaube ich nicht. Ich bitte, das noch einmal zu überdenken.

(Beifall bei der SPD)

Das Verfahren, diese Großstallbauvorhaben von Gemeinden, Landkreisen und Städten genehmigen zu lassen, wird auch von den bayerischen Gemeinden, Landkreisen und Städten als zielführend erachtet. Niemand weiß wohl besser, wie man mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort umgeht, als die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Auch von daher geht also das Argument daneben, Frau Hendricks würde nur Schlechtes im Schilde führen. Es geht daneben, weil auch der Bayerische Städtetag und der Gemeindetag dieses Verfahren befürwortet haben. Oder wollen Sie in dem Generalaufwasch, den Sie jetzt veranstalten, die Meinung des Städte- und des

Gemeindetags ebenfalls verunglimpfen? – Das glaube ich nicht, aber das wäre die logische Konsequenz, wenn Sie das in Form von Bauernregeln plakatieren würden. Das machen Sie nicht, und deswegen ziehen wir auch diese Schlüsse nicht daraus.

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen insgesamt fest, dass wir doch irgendwo auf den Punkt kommen und sehen einer vernünftigen Diskussion entgegen. Die Probleme um die Agrarstruktur 2020 müssen gelöst werden. Wir haben ein Riesen-Nitrat-Problem.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Nein, haben wir nicht!)

Das muss man ganz nüchtern sehen. Natürlich verursacht die Landwirtschaft das Problem mit, aber weil sie es mit verursacht, ist sie auch die Lösung dazu. Wir müssen überlegen, wie wir das sozial verträglich machen und dabei die Strukturen im ländlichen Raum und unser soziales Gleichgewicht in Bayern stabilisieren. Wenn man sagt, die Landwirtschaft sei für gar nichts verantwortlich, scheut man im Prinzip eine naturwissenschaftliche Ursachenlehre. Ich bin froh, dass die Landwirtschaft da ist; ich bin froh, dass sie weiterhin da sein wird. Wir von der SPD werden alles tun, was wir vertreten können, um ihr Fortkommen zu fördern, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt, dass in diesem Land nach wie vor – und dessen sind wir uns bewusst – jeder siebte Arbeitsplatz vorgelagert, zentral und nachgelagert von der Landwirtschaft abhängt und dass sie ein Motor für das Fortkommen unserer Gesellschaft ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Herr Kollege Streibl hat eine Zwischenbemerkung. Bitte schön.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Arnold, ich möchte noch eine Sache zum Schluss klarstellen und verdeutlichen, warum die Reaktionen bei uns so sind, wie sie sind. Wir haben ein großes Problem damit, wenn sich staatliche Stellen, exekutive Stellen im Staat, über eine Bevölkerungsgruppe, einen Berufsstand, mögli-

cherweise eine Minderheit im Staat lustig machen und Spott über sie ausgießen. Ich denke, auch die deutsche Sozialdemokratie sollte dabei an unserer Seite sein und das nicht dulden. Wenn ein Kabarettist oder eine Satiresendung das tut, ist das legitim und rechtens. Aber wenn staatliche Stellen sich über Bürgerinnen und Bürger dieses Landes lustig machen, läuft etwas falsch. Da müssen wir als Demokraten dagegenhalten und sagen: Wir wollen nicht, dass vom Staat Leute verächtlich gemacht werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Horst Arnold (SPD): Ja, hochgeschätzter Kollege Streibl, das ist Ihre Interpretation. Niemand will in diesem Zusammenhang jemanden verunglimpfen. Ich glaube nicht, dass das überhaupt, ob das jetzt Minderheiten – –

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): So ein Rumgeeiere!)

– Rumgeeiere ist gut; das ist ein Stichwort für Sie: Was die Eier betrifft, werden wir uns noch öfters zusammensetzen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Inge Aures (SPD): Bayern-Ei kommt auch noch dran!)

Herr Vocke hat gestern ja schon beim Empfang des Jagdverbandes gemeint, dass die Eier wehtun. Aber das ist eine ganz andere Baustelle.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

In diesem Zusammenhang ist das Ihre Interpretation. Ich sage Ihnen als Agrarsprecher der SPD-Landtagsfraktion hier und jetzt deutlich: Ich finde das kein taugliches Mittel, um die Diskussion voranzubringen. Ich finde das zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag, der Mehrheit der Agrarpolitiker, die sozialdemokratisch geprägt sind, höchst kritisch. Wir haben alles Erdenkliche unternommen, um diese Kritik vorzubringen. Das ist das, was man politisch machen kann. Ich persönlich distanzieren mich von dieser Maßnahme. Aber sie ist nun mal im Gange,

und ich bin Realist genug, um aus dem, was dort angerichtet worden ist, mehr machen zu können. Ich weise darauf hin: Diese Diskussion ist ein Resultat dieser Kampagne. Wenn wir positive Schlüsse daraus ziehen, hat auch diese Plakataktion so, wie sie ist, etwas erreicht. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15325 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15327 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls angenommen.